

WEIBLICHE GENITAL VERSTÜMMELUNG

Patrick Trousson

Europäische Kommission - DAPHNE-Programm

AFRICAN WOMEN'S ORGANIZATION



AFRICAN WOMEN'S ORGANIZATION
against female genital mutilation

AFRICAN WOMEN'S ORGANIZATION

Schwarzspanierstraße 15/1/2
A-1090 Wien
office@help-africanwomen.org
www.help-africanwomen.org



WEIBLICHE GENITALVERSTÜMMELUNG

Patrick Trousson

Europäische Kommission - DAPHNE-Programm - Addis-Abeba, Äthiopien - 4-6 Februar 2003

Weibliche Genitalverstümmelung ist eine schändliche Verletzung der Rechte von Kindern und Frauen und stellt eine katastrophale Verletzung ihrer körperlichen und geistigen Gesundheit dar.

Es ist wichtig, dass sich die Mitgliedstaaten und auch die Europäische Union als Ganzes immer wieder mit diesem Thema befassen. Lassen Sie mich hier auf verschiedene Arbeiten verweisen, die kürzlich im Rahmen des Daphne-Programms durchgeführt wurden. Daraus geht hervor, dass sich die Zahl der Mädchen und Frauen, die Opfer sind oder Gefahr laufen, Opfer zu werden, in der Union auf etwa 270.000 beläuft. Die am stärksten betroffenen Länder sind Frankreich, Italien, Großbritannien und Deutschland.

Darüber hinaus sind fast 50 Prozent der Gesundheitsdienstleister mit FGM-Komplikationen konfrontiert worden, und die meisten von ihnen - über 90 Prozent - würden niemals einen FGM-Eingriff vornehmen. Dennoch schätzt die British Medical Association die Zahl in Großbritannien auf 3000 Eingriffe pro Jahr.

Angesichts dieser Zahlen ist es interessant festzustellen, dass es in acht europäischen Ländern (Österreich, Belgien, Dänemark, Norwegen, den Niederlanden, Schweden, der Schweiz und Großbritannien) spezielle Gesetze gibt, die alle oder einige Formen der Praktik verbieten. Andere europäische Länder haben nur allgemeine Gesetze die schwere Körperverletzungen verbieten, ohne sich speziell auf FGM zu beziehen.

Was die Länder mit spezifischen Gesetzen betrifft, so hat Schweden bereits 1982 eine Gesetzgebung eingeführt, die es medizinischen Fachkräften verbietet, den Eingriff durchzuführen. Großbritannien verbot die Praxis 1985 durch die Verabschiedung des Prohibition of Female Circumcision Act. Norwegen folgte dem Beispiel dieser Länder im Jahr 1998.



In diesem Zusammenhang ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass die europäischen Institutionen und die internationale Gemeinschaft die weibliche Genitalverstümmelung als eine tiefgreifende Verletzung der Menschenrechte von Frauen anerkannt haben. (Peking und das Übereinkommen gegen alle Formen der Diskriminierung von Frauen). In jüngerer Zeit, im Jahr 2001, nahm das Europäische Parlament eine Entschließung zu diesem Phänomen an, und im Jahr 2002 initiierte die Kommission eine Verordnung (des EP und des Rates) über die Unterstützung von Strategien und Aktionen im Bereich der reproduktiven und sexuellen Gesundheit und der damit verbundenen Rechte in den Entwicklungsländern, in der der Kampf gegen weibliche Genitalverstümmelungen als eine Aktion, die von der Europäischen Kommission finanziell unterstützt werden kann.

Die Kommission ist davon überzeugt, dass die bloße Anprangerung der weiblichen Genitalverstümmelung und die Verurteilung derjenigen, die sie begehen, nicht den notwendigen Wandel herbeiführen würde. FGM wird nur dann verschwinden, wenn die Menschen, einschließlich der Frauen, davon überzeugt werden, dass sie die Praxis aufgeben können, ohne die bedeutenden Aspekte ihrer Kultur aufzugeben. Es bedarf vielschichtiger Strategien, einschließlich der Gesetzgebung und solcher, die auf die Ausbildung von Gesundheits- und Sozialarbeitern abzielen. Die Verbreitung geeigneter Informationen, die auf die gefährlichen gesundheitlichen Folgen hinweisen, ist ein weiteres wichtiges Instrument.

Gesetzgeberische Maßnahmen zur Bekämpfung von FGM fallen jedoch nicht in die Zuständigkeit der EU, ebenso wenig wie Vorschriften zur Durchführung der Deinfibulation unter ordnungsgemäßen medizinischen Bedingungen.

Allerdings ist die Europäische Kommission in den letzten Jahren aktiv geworden.

So hat das Daphne-Programm den Kampf gegen weibliche Genitalverstümmelungen in zwei aufeinanderfolgenden Jahren zu einer Priorität erklärt. Sie hat heute 10 Projekte zu diesem speziellen Thema finanziert, von denen 6 eine Laufzeit von 2 Jahren haben, was erwarten lässt, dass die Aktionen das Thema in Angriff nehmen werden. Diese Aktionen stellen eine europäische Finanzierung von mehr als 1,6 M€ dar.

Ich freue mich besonders, dass das Daphne-Programm zur Bekämpfung dieses Phänomens genutzt werden konnte, denn das bedeutet, dass Organisationen an der Basis miteinander, aber auch mit der akademischen Welt und den Behörden zusammenarbeiten können, um dieses Problem vor Ort und meist unter direkter Beteiligung der Opfer anzugehen.



Diese Aktionen sind multidisziplinär und weitreichend. Lassen Sie mich drei Beispiele nennen:

1. Im Jahr 2000 wurde anlässlich des vom Europäischen Parlament organisierten Internationalen Tages am 29. November 2000 im Rahmen eines Daphne-Projekts offiziell ein „Europäisches Netzwerk zur Prävention von FGM“ ins Leben gerufen. Seitdem ist dieses Netzwerk sehr aktiv. Sie entwickelten eine Datenbank mit Aufklärungsmaterial und eine mit Personen, die über Ressourcen verfügen. Außerdem wurde ein Rahmenwerk für die Schulung von Gesundheitsfachkräften zu FGM und ein Rahmenwerk für die Entwicklung von Richtlinien für die Betreuung von Frauen mit FGM geschaffen. In diesem Jahr evaluieren sie nun, ebenfalls mit Hilfe der Daphne-Finanzierung, die Auswirkungen der bestehenden Gesetzgebung in 5 Mitgliedsstaaten in Bezug auf FGM. Untersucht werden sollen die unterschiedlichen rechtlichen Ansätze und die jeweiligen gerichtlichen Ergebnisse. Es soll eine harmonisierte europäische Rechtsstrategie gegen diese Praxis formuliert werden.
2. Ein anderes Projekt, an dem 17 Partner beteiligt sind, kartiert derzeit genau FGM in 10 Ländern und entwickelt Präventionsinstrumente. Sie haben auch einen Leitfaden zu FGM für Journalisten und Fachleute erstellt.
3. Das letzte Beispiel ist eine Gruppe von 19 Organisationen in sechs Ländern, die auf der Grundlage der in Nordeuropa gemachten Erfahrungen, Strategien zur Verhinderung von FGM in Migrantengemeinschaften definiert und erprobt. Spezifisches Material, das sich an Opfer oder potenzielle Opfer richtet, wird ebenfalls in geeigneten Sprachen (Somali, Arabisch, Amharisch zusätzlich zu Englisch und Französisch) entwickelt.

Der wichtigste Mehrwert dieser Projekte besteht darin, dass sie alle direkt mit der betroffenen Bevölkerung arbeiten und daher eine unmittelbare Wirkung entfalten können.

Dies sollte aber nur der Anfang eines umfassenderen Ansatzes sein, der eine ganze Reihe von Politikfeldern einbeziehen muss. Lassen Sie mich die drei Achsen eines solchen Ansatzes skizzieren:

- Auf der politischen Ebene brauchen wir ein klares Bekenntnis zur Bekämpfung der Praxis der weiblichen Genitalverstümmelung mit der Begründung, dass sie ein Verbrechen ist und die grundlegenden Menschenrechte von Frauen verletzt. Seit zwei Jahrzehnten fordern Frauenorganisationen, dass geschlechtsspezifische Menschenrechtsverletzungen als legitimer Grund für die Gewährung von Asyl



anerkannt werden. In diesem Zusammenhang heißt es in der Richtlinie des Rates über Mindestnormen für die Anerkennung von Drittstaatsangehörigen als Flüchtlinge, dass die Gefahr der weiblichen Genitalverstümmelung als Verfolgungsgrund anerkannt wird.

Aber Sie werden mir zustimmen, dass alles Mögliche versucht werden muss, um diese Praxis von vornherein zu verhindern. Deshalb müssen wir eng mit unseren Partnern in der Entwicklungszusammenarbeit und den NROs, die vor Ort arbeiten, zusammenarbeiten. Wir könnten auch in Erwägung ziehen, die Hilfe für die Empfängerländer davon abhängig zu machen, dass sie sich verpflichten, die Praxis der weiblichen Genitalverstümmelung durch Gesetze und Aufklärung zu bekämpfen.

- Innerhalb der Europäischen Union müssen die Mitgliedstaaten beginnen zusammenzuarbeiten und einen gemeinsamen Rahmen zu finden, in dem das Problem angegangen wird. Die bereits erwähnten Zahlen zeigen uns, dass es einen Bedarf an spezifischen Gesetzen gibt. Gesundheitsdienstleister und Pädagogen müssen von den politischen Entscheidungsträgern eine klare Botschaft erhalten, dass solche Praktiken nicht fortgesetzt werden können. Darüber hinaus müssen sie für die ganze Bandbreite an Gefahren - von psychisch bis physisch - sensibilisiert werden, die eine solche Praxis mit sich bringt. Sie müssen darin geschult werden, die Einwanderer zu beraten, die um die Durchführung der Prozedur bitten.
- Schließlich muss die Gesellschaft als Ganzes für die Dimension des Problems und seine Auswirkungen auf die einzelnen Frauen, die diesen Eingriff vornehmen lassen, sensibilisiert werden. Wir neigen dazu zu denken, dass dies nicht unser Problem hier in Europa ist, aber angesichts der Zahlen, die ich oben zitiert habe, müssen wir gemäß unseren Werten und unseren Verpflichtungen gegenüber den Menschenrechten und der Unantastbarkeit des menschlichen Körpers handeln.

Ich danke Ihnen.

